

Mitteilung Nr. MIT-AF 22/2024		
zur Anfrage Nr. nach § 38 GOSTVV der Stadtverordneten der Fraktion vom Thema:	AF-22/2024 Elena Schiller BÜNDNIS 90/DIE GRÜNENE + P 12.08.2024 Rassistische Vorfälle im öffentlichen Raum in Bremerhaven - Tischvorlage	
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

I. Die Anfrage lautet:

Die rassistisch motivierten Übergriffe, z.B. am Tag der Europawahl in Bremerhaven, haben wieder einmal gezeigt: Rassismus gibt es auch in Bremerhaven nicht nur „am rechten Rand“, sondern in der Mitte unserer Gesellschaft. Menschen, die als „nicht deutsch“ angesehen werden, nur weil etwa ihre Haut nicht sehr hell ist, sie ein Kopftuch tragen oder nicht akzentfrei Deutsch sprechen, erleben Anfeindung, Demütigung oder gar körperliche Gewalt in ihrem Alltag: am helllichten Tag, in der Öffentlichkeit, im Park, in ihrer Freizeit, zu offiziellen Anlässen, beim Sport, im Ehrenamt. Zuletzt hat die Antidiskriminierungsstelle des Bundes für das Jahr 2023 Rekordwerte an gemeldeten Diskriminierungs-Berichten gemeldet.

Wir fragen daher den Magistrat:

1. An welchen Stellen können Betroffene rassistische Vorfälle, die sie im öffentlichen Raum in Bremerhaven erleben oder beobachten, der Stadt Bremerhaven melden?
2. Wie wird die Bremerhavener Bevölkerung aktuell über diese Meldestellen informiert?
3. Welche Maßnahmen plant der Magistrat, um die Sichtbarkeit und Bekanntheit von Meldestellen für rassistische Vorfälle in der Bremerhavener Bevölkerung zu steigern?
4. Welche Schulungen haben die Personen, die die Meldungen entgegennehmen, erhalten in den Bereichen: Betroffenenengerechtigkeit, struktureller Rassismus, Datenschutz, psychologische und gesellschaftliche Auswirkungen von Rassismus, weiterführende Beratungs- und Unterstützungsangebote (z.B. Rechtsberatung) für Betroffene?
5. Wie werden die Meldungen statistisch erfasst (z.B.: Strafrechtliche Relevanz, Diskriminierungstypen, Alter und Geschlecht der betroffenen Person etc)?
6. Wie viele rassistische Vorfälle im öffentlichen Raum in Bremerhaven seit 2019 sind dem Magistrat bekannt? Bitte differenzieren nach Jahr.
7. Welche Maßnahmen wurden im Zuge der dem Magistrat bekannten Meldungen von rassistischen Vorfällen ergriffen, um Betroffene besser zu schützen?

8. Welche weiteren Handlungsbedarfe sieht der Magistrat, um von Rassismus betroffene Personen in Bremerhaven zukünftig wirksam vor Rassismus zu schützen?
9. Welche Schwerpunkte können aus den bisher bekannten Meldeberichten abgeleitet werden? (z.B. Beleidigungen, rassistische Zuschreibungen von Charaktereigenschaften oder Kompetenzen, rassistisch motivierte Körperverletzungen etc.)
10. Wie bewertet der Magistrat die Sicherheitslage von Menschen, die von Rassismus betroffen sein können, im öffentlichen Raum in Bremerhaven?
11. Wie bewertet der Magistrat den Einfluss des Erstarkens rechter Parteien sowie der zunehmenden rechtsextremen Hetze und der rechtspopulistischen Stimmungsmache gegen Asylsuchende auf die Sicherheitslage von Personen in Bremerhaven, die aufgrund ihrer äußeren Erscheinung häufig als „nicht deutsch“ angesehen werden?
12. Welche Unterstützung bietet die Stadt Bremerhaven Betroffenen, wenn diese Vorbehalte haben, ihre persönlichen Erfahrungen gegenüber der Polizei oder anderer Meldestellen zu berichten? Bietet die Stadt Bremerhaven etwa eine rassismussensible Meldeverfahrensbegleitung analog der psychologischen Prozessbegleitung bei Gewaltdelikten an?

II. Der Magistrat hat am 23.10.2024 beschlossen, die obige Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu Frage 1:

Allen Betroffenen und Zeugen von rassistischen Vorfällen im öffentlichen Raum steht die Möglichkeit der Anzeigenerstattung bei der Ortspolizeibehörde Bremerhaven offen. Durch den weiteren Ausbau der Online Wache (unter anderem Einführung des Moduls „Hass im Netz“) ist dies in vielen Fällen mittlerweile auch online möglich. Ebenfalls wurden seitens der Ortspolizeibehörde Bremerhaven Stellen geschaffen (Ansprechperson für Interkulturalität und Ansprechperson LGBTIQ*), welche neben internen Funktionen auch als Ansprechperson für die Bevölkerung dienen und bei etwaigen Vorfällen beratend zur Seite stehen und weitere Beratungsangebote vermitteln.

Des Weiteren können sich Betroffene rassistischer Vorfälle aus Bremerhaven bei „keine-randnotiz.de“ melden. Vorfälle aus der Stadt Bremerhaven werden hier in einer eigenen Stadtkarte dargestellt. „keine-randnotiz.de“ ist ein von „Demokratie Leben!“ gefördertes Projekt und agiert auf Landesebene. Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt können sich ebenfalls an das Projekt „Soliport“ wenden und sich dort beraten lassen. Auch dieses Projekt ist ein von „Demokratie Leben!“ gefördertes Projekt, welches auf Landesebene agiert. In Bremerhaven wurden mit beiden Projekten sehr gute Erfahrungen gemacht, Beispielweise finden Beratungsgespräche in Bremerhaven statt – Betroffene müssen nicht nach Bremen fahren.

Zusätzlich stehen Betroffenen von rassistischen Vorfällen im schulischen Kontext noch folgende Möglichkeiten der Meldung offen:

Für rassistische Vorfälle im öffentlichen Raum kommen insbesondere die folgenden Stellen in Betracht:

- a. Schulamt/Schulaufsicht
- b. Koordinationsstelle für Integration und Chancengleichheit
- c. Schule/Schulleitung/Klassenleitung/Fachlehrer
- d. DiBS
- e. ReBUZ

Zu Frage 2:

Die Projekte „keine-randnotiz.de“ und „Soliport“ werden bremerhavenweit in Jugendeinrichtungen per Flyer und Plakat beworben. Eine Verlinkung auf jugend-bremerhaven.de (<https://www.jugend-bremerhaven.de/du-brauchst-hilfe-oder-unterstuetzung/du-bist-betroffen-von-rassismus/>) ist ebenfalls vorhanden.

Zudem veröffentlicht die Ortpolizeibehörde Bremerhaven regelmäßig Pressemitteilungen und Informationen auf der eigenen Homepage, welche über Neuerungen in der Online Wache berichten, wie z.B. die Möglichkeit der Anzeigenerstattung rassistischer Vorfälle. Des Weiteren sind auch dort die Kontaktdaten von Ansprechstellen (Präventionsteam, Ansprechperson für Interkulturalität und Ansprechperson LGBTIQ*) welche im Bedarfsfall kontaktiert werden können und Informationen zu weiteren Meldestellen und Angebote geben können.

Zu Frage 3:

- a. Jugendfreizeiteinrichtungen und alle anderen Einrichtungen der Jugendförderung Bremerhaven können als sichere Räume fungieren, in denen sich Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene ohne Angst vor Diskriminierung oder Gewalt aufhalten können. Dies setzt voraus, dass diese Räume konsequent frei von Gewalt, Rassismus und Diskriminierung gehalten werden. Es ist wichtig, dass die Jugendlichen wissen, dass solche Vorfälle nicht toleriert werden und dass sie Unterstützung erhalten, wenn sie betroffen sind.
- b. Durch gezielte Bildungsangebote, Workshops und Schulungen können Mitarbeitende in Jugendfreizeiteinrichtungen Themen wie Gewaltprävention, Rassismus und Diskriminierung ansprechen. Das Ziel ist, das Bewusstsein der Jugendlichen für diese Themen zu schärfen und ihnen Strategien an die Hand zu geben, um in solchen Situationen angemessen zu reagieren.
- c. Wenn es zu einem Vorfall kommt, sollten Mitarbeitende schnell und kompetent eingreifen können. Dies kann durch Mediation, Konfliktmanagement oder durch das Einschalten externer Fachkräfte (auch aus anderen Amtsbereichen) geschehen. Wichtig ist, dass klar ist, wie bei einem Vorfall vorzugehen ist (Schutzkonzept) und dass die Betroffenen ernst genommen werden.
- d. Junge Menschen, die Opfer von Gewalt oder rassistischen Vorfällen werden, benötigen oft individuelle Unterstützung. Dies kann durch Gespräche, die Vermittlung von Beratungsangeboten oder das Einbeziehen von spezialisierten Beratungsstellen geschehen. Hier wird auf externe Beratungsstellen verwiesen.
- e. Jugendfreizeiteinrichtungen und andere Dienste der Abteilung 51/9 können eng mit Beratungsstellen, der Polizei, Schulen und anderen relevanten Institutionen zusammenarbeiten, um bei Vorfällen von Gewalt oder Rassismus schnell und effektiv Unterstützung zu bieten.
- f. Die aktive Einbeziehung der Jugendlichen in die Gestaltung und Umsetzung von Maßnahmen zur Gewalt- und Rassismusprävention stärkt deren Eigenverantwortung und fördert ein respektvolles Miteinander. Jugendliche können z.B. in Gremien mitarbeiten oder eigene Projekte initiieren.

Zu Frage 4:

Die Mitarbeitenden in der offenen Kinder- und Jugendarbeit werden regelmäßig geschult und für Themen wie Gewaltprävention und Antirassismus sensibilisiert. Nur so können sie im Alltag kompetent handeln und als Vorbilder für die Klientel fungieren.

Der Abteilung Jugend- und Frauenförderung ist eine Partnerschaft für Demokratie aus dem Bundesprogramm „Demokratie Leben!“ zugeordnet. Im Rahmen des Projektes werden in Bremerhaven viele Themen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (Antisemitismus, Rassismus, Diskriminierung, Antiziganismus, etc.) durch unterschiedliche Präventionsprojekte thematisiert und bearbeitet. Hierfür werden unterschiedliche Methoden genutzt: Theaterstücke, Diskussionsformate, Workshops, Ausstellungen, etc.

Im Bereich der Jugendverbände wird ein großer Fokus auf das Thema rassismus- und diskriminierungssensible Jugendverbandsarbeit gelegt, z.B. durch verschiedene Workshop-Formate im Rahmen der Jugendleiter:innenausbildungen oder durch explizite, themenbasierte Seminare.

Die Beschäftigten der Ortspolizeibehörde Bremerhaven sind in diversen Bereichen geschult, um so den gesetzlichen Aufträgen der Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung nachzukommen. Auch die Themen Umgang mit Rassismus, demokratische Resilienz usw. spielen (auch während des Studiums) eine große Rolle in der polizeilichen Ausbildung und Qualifizierung.

Durch interne und externe Aus- und Fortbildungsangebote werden diese Kenntnisse und Fähigkeiten vertieft und weiter gefestigt. Die Fortbildungsangebote des Fortbildungszentrums an der Hochschule für Öffentliche Verwaltung in Bremen die auch für die Ortspolizeibehörde Bremerhaven angeboten werden, können unter: <https://www.hfoev.bremen.de/fortbildung/fortbildungsangebot-1670>. eingesehen werden (aufgrund der Menge wird auf eine Auflistung ähnlich dem Bereich Schule verzichtet). Zudem wurde seitens der Ortspolizeibehörde Bremerhaven, in Zusammenarbeit mit den Beschäftigten, eine Antidiskriminierungsrichtlinie geschaffen, welche als Leitlinie fungiert. Dies ist ebenfalls öffentlich einsehbar (<https://polizei.bremerhaven.de/blog-leser/internationaler-tag-gegen-rassismus-polizei-bremerhaven-fuer-vielfalt-und-gegen-diskriminierung.html>).

Im Bereich der Bremerhavener Schulen bietet die Abteilung Schulentwicklung und Fortbildung (SEFO) des Schulamtes Bremerhaven diverse Fortbildungen, Workshops und Vorträge für Lehrkräfte und pädagogisches Personal zum Thema „Rassismus“ an. Im Jahr 2023 fanden 28 Veranstaltungen statt, die Umgang mit Diversität im weiteren Sinne vermittelten, davon hatten zwei Veranstaltungen explizit Rassismus als Thema.

Tabelle : Veranstaltungsübersicht 2023 mit rassismuskritischen und diversityrelevanten Fortbildungsangeboten der Abteilung SEFO [Veranstaltungen mit direktem Rassismus-Bezug sind orange hervorgehoben].

Schulentwicklung als sozial-emotionales Verhältnis: Inklusion partizipativ und kooperativ gestalten
Umgang mit Konflikten im pädagogischen Alltag
Soziale Ungleichheit i. d. Schule: Wie soz. Benachteiligung im Klassenzimmer begegnet werden kann
"Gemeinsam Klasse sein!" - Mobbingprävention für Jahrgang 5/6 (Online-Information)
Netiquette und Cybermobbing – Wie verhalte ich mich richtig im Internet?
Interventionsmöglichkeiten bei Mobbing
Gemeinsam Klasse sein - Ein Mobbingpräventionsprogramm für den ganzen Jahrgang 5/6/7 (Schif ONLINE)
"Gemeinsam Klasse sein!" - Mobbingprävention für Jahrgang 5/6 (Online-Information)
Der kleine Mediationsführerschein Klasse A für Schulleitungskräfte
Praxis unterm Mikroskop - Fallbesprechung und Supervision von Mobbingfällen und – Interventionen
(Globale) Konflikte und Gewaltgeschichte(n) im Klassenraum diskriminierungskritisch aufgreifen. Wie?
Netiquette und Cybermobbing – Wie verhalte ich mich richtig im Internet?
Workshop 1 Verschieden-gleich- gemeinsam
Workshop 5 Demokratie und Mitbestimmung von Kinder
„Weltreligionen entdecken – eine Medienbörse“
Deeskalierende Kommunikation
Masel Tov Cocktail – ein Kurzfilm für den Einsatz in der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit?
Traumapädagogik: Wissensauffrischung und Vertiefung
Umgang mit Konflikten im pädagogischen Alltag
Interventionsmöglichkeiten bei Mobbing
Ausbildung zum/zur Schulmediator:in - Mit Konflikten im Schulalltag konstruktiv umgehen
Migration, Museum und ich
Deeskalierende Kommunikation
Religionspädagogische Methode im Fokus
Leuchtfener statt Brennpunkt: Mit Schüler*innen zusammen gute Schule machen
Grundlagen der gewaltpräventiven Gruppen- und Klassenleitung
Masel Tov Cocktail – ein Kurzfilm für den Einsatz in der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit?
Sexuelle, romantische und geschlechtliche Vielfalt

Im Jahr 2024 fanden bisher 17 Veranstaltungen statt, die Umgang mit Diversität im weiteren Sinne vermitteln, davon hatten sieben Veranstaltungen explizit Rassismus als Thema. Tabelle :Tabelle 1: Veranstaltungsübersicht 2024 mit rassismuskritischen und diversityrelevanten Fortbildungsangeboten der Abteilung SEFO [Veranstaltungen mit direktem Rassismus-

Bezug sind orange hervorgehoben].

Flucht nach Israel –Stadtgeschichte zur Veranschaulichung des Nahostkonfliktes nutzen
Fortbildungsreihe Umgang mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
Rassismussensibles Arbeiten im schulischen Kontext
"Eigenständig werden" - Präventionsprogramm für soziales Lernen
Umgang mit grenzüberschreitendem Verhalten
Interventionsmöglichkeiten bei Mobbing
Erkennen, Verstehen, Handeln- Rechten, rassistischen und antisemitischen Einstellungen im pädagogisc
Umgang mit religiös begründeter Radikalisierung in der pädagogischen Arbeit
Netiquette und Cybermobbing – Wie verhalte ich mich richtig im Internet?
Gewaltprävention – Lösungs(er)schaffende Interventionen im schulischen Kontext
Methodenwerkstatt: Aktiv werden – Diskriminierung erkennen und handeln
Umgang mit antisemitischen Äußerungen und Vorfällen im Unterricht und Schulalltag
PäWo 2024 - Workshop 4: Umgang mit Konflikten
PäWo 2024 - Workshop 7: Umgang mit Rassismus (für Leitungskräfte)
PäWo 2024 - Workshop 10: Diskriminierungssensiblen Sportunterricht arrangieren
PäWo 2024 - Workshop 8: Gendersensibles Unterrichten
Umgang mit religiös begründeter Radikalisierung in der pädagogischen Arbeit

Besonders hervorzuheben ist die Fortbildungsreihe „Umgang mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ (insbesondere Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus, Islamismus/Salafismus und Antisemitismus). In den vier praxisbezogenen Workshops bestand das Ziel mitunter darin, die Fähigkeiten der Teilnehmer:innen bezüglich Zurückweisung und Deeskalation menschenfeindlicher Äußerungen im gelebten Schulalltag zu erweitern.

In den angebotenen Veranstaltungen der SEFO, für die Expert:innen als Dozent:innen von externen Stellen mit der Durchführung beauftragt werden, werden verschiedenste Bereiche im Zusammenhang mit Rassismus bearbeitet: von Rassismus sensiblem Arbeiten über Kontakte mit rechten, rassistischen und antisemitischen Einstellungen im pädagogischen Alltag als auch Umgang mit Antisemitismus.

Die SEFO ist bestrebt die Lehrkräfte und das pädagogische Personal so zu schulen und zu sensibilisieren, dass (rassistische) Diskriminierung und auch Ausgrenzungen frühzeitig erkannt und unterbunden werden können.

Im Rahmen der Präventionsarbeit bietet die SEFO daher in Kooperation mit dem Brückenschlag e. V. eine Fortbildung zum/zur Schulmediator:in an, um vorbeugende Schritte konkreter Gewaltprävention durch Mediation(en) in den Schulen zu implementieren.

Die Bremerhavener Schulen haben zudem die Möglichkeit Supervisionen in Anspruch zu nehmen. Seit 2023 wurden bisher 43 Supervisionen in Bremerhavener Grundschulen durchgeführt.

Zu Frage 5:

Grundsätzlich erfolgt die statistische Erfassung im Rahmen der Anzeigenbearbeitung bei der Ortpolizeibehörde Bremerhaven im Phänomenbereich der politisch motivierten Kriminalität. Hierbei werden sowohl statistische Merkmale der betroffenen Person (Alter, Geschlecht etc.), als auch (sofern vorhanden) der beschuldigten Person erfasst. Die Auswertung erfolgt jährlich über die polizeiliche Kriminalstatistik.

Zu Frage 6:

Für diesen Zeitraum existieren für den Schulbereich keine Statistiken, allerdings wurde die Erfassung von besonderen Vorkommnissen neu strukturiert, sodass derartige Auswertungen künftig möglich sind (siehe Antwort auf Frage 9).

Seitens der Ortspolizeibehörde Bremerhaven können folgende Zahlen mitgeteilt werden:

2019: 0

2020: 0

2021: 2

2022: 1

2023: 7

Zu Frage 7:

Das ReBUZ Bremerhaven hat das Angebot DiBS. Das DiBS!-Team berät betroffenenzentriert Schüler:innen, die von Diskriminierung in Schule betroffen sind, und ihre Vertrauenspersonen. Zudem gibt es Beratungsangebote des Landes Bremen: Demokratiezentrum Land Bremen, Koordinierungsstelle Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Zudem ist ein Landesaktionsplan gegen Rassismus in Arbeit, welcher die zukünftigen Leitlinien des Landes Bremen zur effektiven Bekämpfung von Vorurteilsstrukturen, Ausgrenzung und Gewalttaten bündeln, darlegen und weiterentwickeln soll.

Ebenfalls wurden seitens der Ortspolizeibehörde Bremerhaven Ansprechstellen (siehe Antwort Frage 1) geschaffen, welchen betroffenen Personen als Beratungsstelle dienen können und auch Netzwerkarbeit in den „communities“ leisten, sodass so das Vertrauen in die Polizei gestärkt und die Anzeigebereitschaft erhöht wird. Zudem wurde seitens der Ortspolizeibehörde Bremerhaven die bereits erwähnte Antidiskriminierungsrichtlinie geschaffen

Zu Frage 8:

Von entscheidender Bedeutung sei hier der Bereich Prävention genannt. Hierzu gehören u.a. eine substantiierte Demokratiebildung und entsprechende Angebote an Aus- und Fortbildungen für Beschäftigte. Zudem muss das Vertrauen der „communities“ in die staatlichen Organe stetig verbessert werden, sodass rassistische Vorfälle gemeldet und konsequent verfolgt werden können. Hierzu gilt es zudem, die Arbeit des Präventionsrates zu stärken.

Zu Frage 9:

Aus den dem Schulamt vorliegenden Meldungen über besondere Vorkommnisse lassen sich keine Hinweise auf Rassismus ableiten. Das Formular befindet sich gerade in Überarbeitung und soll künftig eine entsprechende Auswertung ermöglichen.

Zu Frage 10:

Seitens des Magistrats wird die Sicherheitslage für Personen die von Rassismus betroffen sein können als grundsätzlich gut / grundsätzlich sicher bewertet.

Zu Frage 11:

Eine valide feststellbare Verschlechterung der Sicherheitslage der genannten Personengruppe kann der Magistrat nicht feststellen. Dies liegt auch darin begründet, dass der Magistrat, seine Behörden und Ämter für die freiheitlich demokratische Grundordnung und die damit verbundenen Werte einstehen und entsprechend agieren. Rechtsextreme Hetze in jeglicher Form, Rassismus, Antisemitismus etc. sind in jeglicher Form zu verurteilen und werden nicht

durch die Werte des Magistrats vertreten.

Zu Frage 12:

Neben den o.g. Beratungsstellen kommen aus schulischer Sicht insbesondere das ReBUZ, sowie Lehrkräfte in Betracht (hier insbesondere Vertrauenslehrkräfte und Klassenleitungen). Zudem werden im Rahmen der außerschulischen Jugendarbeit (Offene Kinder- und Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit) sichere Räume vorgehalten, in denen Kinder und Jugendliche Ansprechpersonen finden.

Zudem fungiert die Beauftragte für Polizei und Feuerwehr ebenfalls als mögliche externe Ansprechstelle, für Betroffene welche Vorbehalte gegenüber der Polizei haben und sich daher nicht direkt an diese wenden möchten.

Die in der Anfrage aufgeführten Meldestellen achten in ihrer Arbeit grundsätzlich auf einen rassismussensiblen Umgang mit den betroffenen Personen.

Neuhoff
Bürgermeister